

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/107

Bonn, den 10. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Politisches Engagement</u>	44
	Sozialdemokratische Frauen - Bundesjugendring	
2	<u>Tito und seine Studenten</u>	45
	In Belgrad wurde Politik gemacht	
	Von Joachim Steffen	
3	<u>Heyde - Sawade - Bourwieg</u>	48
	Erbauliches aus der Kieler Gerichtschonik	
4	<u>Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie</u>	46
	Schiller und Sperner für die SPD in Stockholm	
	Von Günther Petersen	
5	<u>Suche nach einer neuen Welt</u>	51
	Aussprüche Robert Kennedys	
	<u>Der "Fall Mavrogenis"</u>	47
	Dänische Öffentlichkeit beunruhigt über den angeblichen Selbstmord des griechischen Exilpolitikers	
	Von unserem KI-Korrespondenten in Kopenhagen	

* * *

Politisches Engagement

Sozialdemokratische Frauen - Bundesjugendring

sp - Das vergangene Wochenende war in der Bundesrepublik durch Forderungen politisch organisierter Frauen und der politisch engagierten Jugend charakterisiert. In Saarbrücken tagten die Frauen in der SPD, in Frankfurt die erste Delegiertenkonferenz des Deutschen Bundesjugendringes. Beide Tagungen hatten ein gemeinsames Merkmal: Den Willen zum politischen Engagement. In beiden Tagungen wurde aber auch Kritik an dem oft unverständlichen Verhalten jener Gruppen unserer Gesellschaft geübt, die vermeintlich alle Macht im Staate auf sich vereinigen. Die Kritik war nicht negativ. Sie knüpfte an Fehlern der Vergangenheit an, stieß mit neuen Vorschlägen in die Zukunft vor und wurde somit ein gutes Beispiel für den Wunsch zur Überwindung einer Lethargie unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens.

Kein Zufall ist es, wenn auf beiden Tagungen das Thema der Friedenssicherung stärker angesprochen wurde, als von den Veranstaltern vielleicht beabsichtigt worden war. Für die in der Sozialdemokratie organisierten Frauen ist gerade die Frage nach der Sicherung des Friedens eines der entscheidendsten Motive ihres politischen Engagements. Wenn kluge Politik die Gewaltanwendung als Mittel der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Auffassungen ausschließt, wenn der Friede erhalten bleiben kann, sind die meisten anderen Probleme leichter lösbar, als in einer Zeit, die geprägt ist von der Furcht um die nackte Existenz.

Auch die in Frankfurt versammelten Delegierten des Bundesjugendringes gaben zu verstehen, daß sie in der Sicherung des Friedens die Grundlage der Lösung der uns bedrängenden Probleme sehen. Auch hier spürt man, daß die nach Verantwortung drängenden jungen Menschen es müde sind, immer nur im Schatten von Konflikten und Spannungen leben zu müssen, die von der älteren Generation nicht vermieden, geschweige denn beseitigt werden konnten. Das Wort des Friedensnobelpreisträgers Pater Dominique Pire, die Jugend in Ost und West sollte das "schlechte Gewissen der Erwachsenen" sein, wird sicher noch lange in Erinnerung bleiben.

Im übertragenen Sinne könnte dieses Wort auch von den sozialdemokratischen Frauen übernommen werden, wobei an die Stelle des Wortes "Erwachsene" der Hinweis auf die "Männergesellschaft", in der wir immer noch leben, gesetzt werden sollte. Manche Klage war in Saarbrücken darüber zu hören, daß die bestehende formale Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau noch lange nicht zur selbstverständlichen Praxis unseres Lebens geworden ist.

Die "Welt der Erwachsenen" und die "Welt der Männer" bedarf immer wieder neuer Impulse, um nicht in eitler Selbstgefälligkeit zu verharren. Saarbrücken und Frankfurt waren gute Anzeichen dafür, daß die sozialdemokratischen Frauen und der Bundesjugendring im Begriff sind, die ihnen gestellte Aufgabe in unserer Gesellschaft voll zu erfüllen.

Tito und seine Studenten

In Belgrad wurde Politik gemacht

Von Joachim Steffen

Beim Aufstand der Belgrader Studenten brauchte keiner die Frage des Kanzlers Kiesinger zu stellen, was die ältere Generation falsch gemacht habe. Die Studenten präsentierten einen sauberen Katalog von Forderungen. Sie richteten sich vor allem gegen Ausflüsse einer schlichten Verböhnung und Verbürokratisierung des Partei- und Staatsapparates. Tito hat verstanden - und die Forderungen der Studenten anerkannt.

Im Gegensatz zu dem anarchistischen Denken etlicher Studentensprecher in der Bundesrepublik, konnte man bei der sozialistischen Opposition in Belgrad erkennen, wie wohlthuend geistig disziplinierend das Studium des Marxismus-Leninismus wirkt. Hier werden Tatbestände konkret ausgesprochen. Das sozialistische Ethos wird gegen eine verbürokratisierte Praxis gewendet. Hier werden keine Formen zerbrochen in der Hoffnung, daß dann "spontan" irgend etwas Neues entsteht. In Belgrad macht man Politik, statt Unlustgefühle abzulassen.

Das geschieht in einem Land, das mit Recht für sich in Anspruch nehmen kann, Wegbereiter eines "liberalen" Kommunismus zu sein. Die Studenten wenden sich gegen die Kehrseite dieses Liberalismus in der Gesellschaft. Sie sind nicht gegen die "Freiheit". Sie sind gegen die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten in einem System, das sich sozialistisch nennt. Tatsache ist, daß die Politik des Bundes der Kommunisten praktisch auf eine Industrialisierung unter frühkapitalistischen Bedingungen bei Herrschaft einer Partei hinauslief. Dabei übernahmen viele Funktionäre des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates nicht nur die Funktionen des früheren Kapitalisten, sondern auch das ganze, unangenehm-anstößige Gebaren und Auftreten von Feudalherren.

Die Studenten fragen nach der politischen und gesellschaftlichen Moral des ganzen Vorhabens. Und sie fragen mit Recht danach. Wobei sie vielleicht vergessen, daß die Tatsache ihres In-Kassen-auftretens-könnens eine objektive Leistung des von ihnen kritisierten Systems ist. Aber sie wenden sich ja auch nicht gegen das sozialistische System. Sie expören sich, weil es so wenig sozialistisch ist.

Kein Mensch wird abstreiten können, daß der wirtschaftliche Aufschwung Jugoslawiens unter den Kommunisten atemberaubend war. Jeder wird erkennen müssen, daß erst sie eine allgemeine Sozialversicherung und einen umfassenden Gesundheitsdienst einführten. Die Kommunisten haben das Land mit einem Netz von Schulen überzogen. Sie haben das Analphabetentum unter den jüngeren Menschen ausgerottet. Sie haben die entsetzlichen Kämpfe der Völker in diesem Vielvölkerstaat in seiner blutig-grausamen Form beendet. Zweifellos haben sie viel getan und viel erreicht.

Was sie sich gefallen lassen müssen, ist die Frage nach der Wahrung ihrer eigenen Prinzipien bei dem Aufbau der neuen Gesellschaft. Diese Frage wird völlig zu Recht und konkret gestellt. Diese Form der Expörung mit klarer gesellschaftlicher Zielrichtung ist fruchtbar, weil sie der Politik die Richtung der Änderung vorschreibt.

Heyde - Sawade - Bourwieg

Erbauliches aus der Kieler Gerichtschonik

nn - Das Urteil, das die Strafkammer des Kieler Landgerichts gegen den früheren Ersten Staatsanwalt von Flensburg, Bruno Bourwieg, am 30. Mai fällte, ist in der Tat schwer zu begreifen. Die kritischen Stimmen, die allenthalben laut werden, sind ein Indiz dafür. Schließlich war Bourwieg angeklagt, Ende 1954 den steckbrieflich wegen siebzigtausendfachen Mordes gesuchten Würzburger Psychiater Professor Werner Heyde alias Dr. Fritz Sawade im Amt begünstigt zu haben.

Heyde leitete im Dritten Reich die Tötungsorganisation "T 4" und war verantwortlich für die Massenmorde an Geisteskranken und KZ-Häftlingen. Er tauchte nach 1945 in Schleswig-Holstein unter dem falschen Namen Dr. Sawade unter, stieg zum vielbeschäftigten Gerichtsgutachter auf und wurde, wie der auf Initiative der SPD eingesetzte Untersuchungsausschuß des Kieler Landtages zutage brachte, von höchsten Richtern, Professoren, Beamten und Medizinern gedeckt.

Die Strafkammer in Kiel sprach Bourwieg jetzt frei. Ein Staatsanwalt, meinte sie, sei nicht unbedingt zum Einschreiten verpflichtet, wenn er privat Kenntnisse von einer möglichen Straftat erhält. Da selbst der Staatsanwalt erstaunlicherweise Freispruch für den Staatsanwalt Bourwieg gefordert hatte, wird das Urteil nicht in die nächste Instanz gehen. Es muß aber auf eine Reihe Urteile des Reichsgerichts zur Weimarer Zeit und des Bundesgerichts hingewiesen werden, die dieser Erkenntnis diametral entgegenstehen.

Überhaupt ist der ganze Fall Heyde/Sawade, der jetzt durch das Bourwieg-Urteil seinen Abschluß fand, höchst unbefriedigend für die Demokratie ausgegangen. 13 hohe Persönlichkeiten wußten in jenen Jahren mehr oder weniger von der Identität des Dr. Sawade mit dem Professor Heyde - und keiner ging damals zum Staatsanwalt. Aber auch niemand ist jemals bestraft worden. Diese Leute wurden krank oder es fehlte ihnen das subjektive Schuldbewußtsein und was es da sonst noch alles gibt. Von 14 Ermittlungsverfahren wurden elf eingestellt. In drei Fällen gab es milde Verweise und einmal eine minimale Gehaltskürzung.

Nur der Chefreporter der FRANKFURTER RUNDschau, der seinerzeit falschen Informationen auflief und sich bei seinen Auskünften nicht doppelt absicherte, wurde auf kurzem Wege mit Gefängnis - bei Bewährung - bestraft, weil er behauptet hatte, der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, hätte gleichfalls zu den Mitwissern gehört. Volkmann Hoffmann stellte sich seinen Richtern, brachte keine Atteste bei und hatte keine Erinnerungslücken. In Schleswig-Holstein erzählt man sich jetzt, hierzulande seien Erinnerungslücken und mangelndes subjektives Schuldbewußtsein die besten Voraussetzungen für einen Freispruch.

Parteitag der Schwedischen Sozialdemokratie

Schiller und Sperner für die SPD in Stockholm

Von Günther Petersen

An 9. Juni begann in Stockholm der Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten. Er wird in den nächsten Tagen die Richtlinien bestimmen, die der Parteiarbeit der schwedischen Sozialdemokraten neues Profil geben sollen. - Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nehmen zwei Persönlichkeiten an dem Stockholmer Kongreß teil, die außer dem politischen zugleich auch das wirtschaftliche und soziale Interesse der deutschen Sozialdemokraten an den Beschlüssen ihrer schwedischen Freunde ausweisen, nämlich Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Karl Schiller und Rudolf Sperner, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in der Bundesrepublik.

Beide, Schiller und Sperner, werden zweifellos jenen Entschlüssen ihrer Stockholmer politischen Freunde größte Aufmerksamkeit schenken, die sich mit wirtschaftspolitischen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen, sozialen und gesellschafts- sowie gewerkschaftspolitischen Problemen der Gegenwart beschäftigen. Es besteht kein Zweifel, daß sich gerade die in Schweden und in der Bundesrepublik entwickelten verschiedenen Systeme wirtschaftlicher und sozialer Sicherungen gegenseitig mit neuen Impulsen durchdringen und vertiefen können.

Die schwedischen Gewerkschaften sind mit der öffentlichen Wirtschaft des Landes, mit den genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Einrichtungen des Wohnungsbau, der Sozialfürsorge und der Co-op-Einrichtungen - um nur einiges zu nennen - eng verbunden.

Die schwedischen Sozialdemokraten haben in der Arbeiterschaft des Landes nach wie vor ihre stärksten Positionen. Schwedens Metallarbeiter und die Hafnarbeiter sind traditionell sozialdemokratisch. Die Bauarbeitergewerkschaft unter ihrem Vorsitzenden Johansson hat schon vor Jahren vorbildliche wirtschaftliche, soziale und technische Modelllösungen auf dem Gebiet des Winterbaus verwirklicht. Zudem trägt sie sich mit bestimmten Vermögensbildungsplänen für die Beschäftigten in der schwedischen Bauwirtschaft, zu der auch die umfangreiche Baustoffindustrie zu zählen ist. Ähnliche Pläne wollen die Hafnarbeiter durchsetzen. Daß der Vorsitzende des schwedischen Metallarbeiterverbandes und der Schatzmeister einen Vertrag mit der Vereinigung schwedischer Sparbanken und deren Zentralbank geschlossen haben, der jeden streikenden oder ausgesperrten Metallarbeiter in Schweden dazu berechtigt, bei der nächsten Sparbank 1.000,- Kronen zu leihen, ist ein weiterer sichtbarer Beweis für Fortschritt, soziale Sicherheit und politische Bewußtseinsbildung durch die Gewerkschaften in Schweden.

Bundeswirtschaftsminister Schiller und Baugewerkschaftsvorsitzender Sperner überbringen den schwedischen Sozialdemokraten nicht nur gute Wünsche. Sie wollen auch in Stockholm, um im Dialog mit politischen Freunden die Kontinuität enger Zusammenarbeit fortzusetzen und die Voraussetzungen für mancherlei Kooperation auf sozialen und gesellschaftspolitischen Gebiet klären zu helfen.

Suche nach einer neuen Welt

Aussprüche Robert Kennedys

Robert Kennedy über seine Zukunft:

Es hat keinen Sinn, herumzurätseln, wo man später sein wird - vielleicht ist man dann, wenn es soweit ist, überhaupt nicht mehr da. Das Vernünftigste deshalb, immer sein Bestes versuchen...

Über die Jugend:

Jede Generation hat ihr zentrales Anliegen - sei es, den Krieg abzuschaffen, rassistische Diskriminierung zu beseitigen oder das Los des Arbeiters zu verbessern. Heute haben die jungen Menschen offenbar die Würde des Einzelmenschen zu ihrem Anliegen gewählt. Sie fordern eine Begrenzung übergroßer Macht... Sie fordern eine Regierung, die unmittelbar und ehrlich zu ihren Bürgern spricht. Wir können ihr Engagement nur gewinnen, indem wir demonstrieren, daß diese Ziele durch persönlichen Einsatz erreichbar sind.

Über den Krieg in Südvietsnam:

Es ist ein Land, wo junge Menschen noch keinen Tag im Frieden gelebt und wo Familien noch nie eine Zeit gekannt haben, da man keine Angst zu haben brauchte. Es ist ein Land, das von nimmer endender Crescendo der Gewalt, des Hasses und des entfesselten Grauens taub geworden ist, wo für Millionen das ausfüllende Ziel nicht ist, gut zu leben oder besser zu leben, sondern einfach zu überleben... Bei allem, was wir sagen, und allem, was wir tun, müssen wir eingedenk sein, daß für dieses Grauen zum Teil wir die Verantwortung tragen; nicht nur als Nation, sondern Sie und ich... Wir alle sind beteiligt... Dies zu wissen, heißt nicht, wichtige Interessen ignorieren und auch nicht vergessen, daß Freiheit und Sicherheit manchmal mit Blut erkaufte werden müssen. Doch wenngleich wir als Nation wissen müssen, was zu tun notwendig ist, müssen wir auch als Menschen das Quälende dessen empfinden, was wir tun.

Über die Bombardierung Nordvietnams (laut "Newsweek"):

Dürfen wir uns fühlen wie der Gott des Alten Testaments und in Washington D. C. entscheiden, welche Städte, welche Orte, welche Dörfer in Vietnam zu zerstören sind? Ich weiß, daß einige sagten, wir sollten die Bombardierung des Nordens verstärken. Sie sollten gehört werden. Ich gehöre zufällig nicht zu denen, die darin eine Lösung des Problems sehen. Aber ich weiß, daß das, was wir taten, die Lösung nicht ist. Und daß es unmoralisch und unerträglich ist, dies fortzusetzen...

+ + +

(Die Mehrzahl der Zitate sind Robert Kennedys Buch "Suche nach einer neuen Welt" entnommen, das eben beim Bertelsmann Sachbuchverlag in Deutsch erschienen ist.)

Der "Fall Mavrogenis"

Dänische Öffentlichkeit beunruhigt über den angeblichen Selbstmord
des griechischen Exilpolitikers

Von unserem KI-Korrespondenten in Kopenhagen

Der Fall Mavrogenis beschäftigt noch immer die dänische Öffentlichkeit. Der 32-jährige griechische Exilpolitiker, der von Suchtruppen der Polizei am 29. Mai in einem Wald 40 km nördlich der dänischen Hauptstadt gefunden worden war, genoss einen guten Ruf und war mit einer Dänin aus wohlhabender Familie verheiratet. Unter der Regierung Papandreu arbeitete Mavrogenis als Presseattaché der griechischen Botschaft in Kopenhagen. Nach dem Militärputsch im April vergangenen Jahres übernahm der Zentrumspolitiker die Leitung der antidiktatorischen Kräfte der in Dänemark lebenden Exilgriechen. Als Vertrauter und enger Mitarbeiter von Andreas Papandreu entwickelte er eine umfangreiche politische Tätigkeit. Noch zwei Tage vor seinem mysteriösen Tod hatte er mit Andreas Papandreu, dem Führer der "Panhellenischen Befreiungsbewegung" (PAK) eine Zusammenkunft.

Die äußeren Umstände deuten nach der offiziellen Verlautbarung der Untersuchungsbehörden auf einen Selbstmord hin. Ministerpräsident Hilmar Baunsgaard gab im Folketing bekannt, daß er die Behörden angewiesen habe, alle Anstrengungen zur Klärung dieser Angelegenheit zu machen. Frau Mavrogenis lehnt die Selbstmordtheorie ab und Andreas Papandreu erklärte, daß sein Mitarbeiter ein Opfer der Militärjunta sei. In diesem Zusammenhang registrierte man das auffallende Interesse, mit dem die griechische zensierte Presse mehrere Tage ausführlich über den "Selbstmord dieses Kommunisten" berichtete, der nun - nach den Kommentaren der Athener Presse - zu einer Propaganda gegen die Athener Regierung mißbraucht werde.

Die dänische Öffentlichkeit hat von Anfang an klare Front gegen die Athener Machthaber bezogen. Die Regierung in Kopenhagen rief ihren Botschafter zurück und versicherte unter anderem Andreas Papandreu volle Unterstützung in seinem Kampf gegen die Diktatur. Daher reagiert die dänische Öffentlichkeit empfindlich auf jedes Vorgehen der griechischen Militärregierung gegenüber Griechen im Ausland. Großes Aufsehen erregten die neuerlichen Berichte des VORWÄRTS und der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG über einen Mordplan, der sich gegen mehrere griechische Exilpolitiker, die in der Bundesrepublik leben, richtet. Ein entsprechendes Dementi der griechischen Botschaft in Bonn, das übrigens lange auf sich warten ließ, wird als sehr vage und unpräzise gewertet, zumal nach ernstzunehmenden Informationen die Militärjunta auch gegen in anderen westeuropäischen Ländern politisch aktive Griechen Maßnahmen plant.

Man hält es in Kopenhagen nicht für ausgeschlossen, daß ein derart verbelastetes Regime, wie es die griechische Militärregierung erwiesenermaßen ist, sich solch dunkler Methoden bedenkenlos bedienen wird, wenn es opportun erscheint. Man weist jedoch nachdrücklich auf die Konsequenzen hin, die sich für die freien Länder des Westens aus solchen Aktionen ergäben. Die Erklärung von Bundesminister Herbert Wehner wurde in Erinnerung gebracht: "Wir werden als Bundesregierung uns nicht auf nachträgliche Maßnahmen beschränken, sondern wirksame Vorkehrungen zum Schutz aller ausländischen Freunde treffen, die als Mitbürger in unserem Lande leben."